

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 01.02.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle  
(Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:05 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

|                               |                          |                              |
|-------------------------------|--------------------------|------------------------------|
| Herr Martin Bauersfeld        | CDU                      |                              |
| Frau Dr. Annegret Bergner     | CDU                      |                              |
| Herr Andreas Schachtschneider | CDU                      |                              |
| Frau Ute Haupt                | DIE LINKE.               | Vertreterin für Herrn Trömel |
| Herr Hendrik Lange            | DIE LINKE.               |                              |
| Frau Dr. Petra Sitte          | DIE LINKE.               |                              |
| Herr Dr. Karamba Diaby        | SPD                      |                              |
| Herr Klaus Hopfgarten         | SPD                      |                              |
| Frau Katja Raab               | FDP                      |                              |
| Herr Dietrich Strech          | MitBÜRGER<br>für Halle   |                              |
| Herr Oliver Paulsen           | BÜNDNIS<br>90/DIE GRÜNEN |                              |
| Herr Jürgen Zschocke          | Verw                     |                              |
| Herr Torsten Bau              | SKE                      |                              |
| Frau Heike Deuerling-Kalsow   | SKE                      |                              |
| Herr Ralf-Jürgen Kneissl      | SKE                      |                              |
| Herr Bertolt Marquardt        | SKE                      |                              |
| Frau Petra Meißner            | SKE                      |                              |
| Herr Andreas Riemann          | SKE                      |                              |
| Herr Thomas Senger            | SKE                      |                              |
| Frau Cathleen Stahs           | SKE                      |                              |
| Frau Dr. Regine Stark         | SKE                      |                              |

**Es fehlen:**

|                          |            |                            |
|--------------------------|------------|----------------------------|
| Herr René Trömel         | DIE LINKE. | Vertreterin Frau Ute Haupt |
| Herr Michael Rautzenberg | SKE        |                            |

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2010
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009  
Vorlage: V/2010/09413
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung  
Vorlage: V/2010/09267
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Schachtschneider** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gibt keine Einwände oder Ergänzungen zur Tagesordnung.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2010**

---

Vor der Beschlussfassung wird grundsätzlich zur Protokollführung diskutiert.

**Herr Kogge** erklärt, dass es verschiedene Varianten des Protokolls geben könnte:

1. Variante – Verlaufsprotokoll wie bisher oder,
2. Variante – Ergebnisprotokoll – mit kurzen zusammenfassenden Beschlüssen

**Herr Schachtschneider** gibt zu beachten, dass der Bildungsausschuss kein beschließender Ausschuss ist.

**Herr Paulsen** bittet den Hinweis aufzunehmen, das Protokoll so wie bisher weiterzuführen.

**Frau Dr. Sitte** regt an, bei schwierigen Themen eventuell digital mitschneiden und diesen Mitschnitt dann als Datei ins Intranet stellen, es wäre dann ein Rumpfprotokoll mit einer Audio-Datei als Anhang.

**Herr Kogge** merkt an, das es ein grundsätzliches Protokollproblem ist, dass müsste jedoch dann in allen Ausschüssen diskutiert werden. Es müsse eine Gleichbehandlung der Ausschüsse stattfinden. Den Gedanken von Frau Dr. Sitte mit der digitalen Aufzeichnung nimmt er dankbar an und wird diesen weiterleiten.

**Herr Senger** mahnt an, Zusammenhänge zwischen Frage und Antwort müssen ersichtlich sein und Fragen an die Verwaltung sollten aufgenommen werden.

### **Zur Niederschrift vom 14.12.2010:**

**Herr Schachtschneider** reicht seine Ergänzungen zum Protokoll schriftlich ein.

**Herr Paulsen** ist der Meinung, dass das Protokoll erst beschlossen werden kann, wenn die Ergänzungen allen Mitgliedern bekannt sind.

**Herr Schachtschneider** informiert, das Protokoll wird im nächsten Ausschuss – nach Bekanntgabe der schriftlichen Ergänzungen – abgestimmt.

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 4.1      **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Vorlage: V/2010/09413**

---

#### 1. Lesung als Vorschlag der Verwaltung

**Herr Paulsen** erinnert, dass nach dem Beratungsplan nur eine Beratung geplant ist und möchte wissen, wie jetzt die Verfahrensweise ist. Was ist mit dem Zeitplan? Die Entscheidung zum Haushalt sollte nicht verzögert werden..

**Herr Kogge** gibt zu bedenken, dass die Übergabe der Unterlagen erst am 26.1.2011 erfolgte, Ausschüsse können durchaus eine 2. Lesung vorsehen.

**Frau Dr. Sitte** möchte den Haushalt auch grundsätzlich schnell beraten, sie fragt an, wann die Schülerbeförderungssatzung zu erwarten ist, da diese ja in den Haushalt mit hineinspielt.

**Herr Kogge** informiert, dass die Haushaltsaufstellung den Vertragsverhandlungsstand mit der HAVAG zum neuen Schülerticket beinhaltet, die Satzung kommt voraussichtlich im März/April in die Gremien.

**Herr Bauersfeld** erklärt, den Haushalt als 1. Lesung zu akzeptieren, ist bereits mehr als großzügig. Er versteht Herrn Paulsen nicht, dass dieser nur eine Lesung möchte.

**Frau Haupt** fragt zu Brandschutz an Kitas und Schulen und bittet dieses Thema bei den allgemeinen Hinweisen auszuführen.

**Herr Paulsen** korrigiert, er hat nur nach dem Beratungsplan gefragt und es war nicht sein Anliegen, den Haushalt nicht umfassend beraten zu wollen. Er habe lediglich Interesse, dass der Haushaltsplan rechtzeitig beraten werden kann, damit der Haushalt zeitnah zur Verfügung steht.

**Herr Schachtschneider** unterbreitet den Vorschlag, vor dem 1. 3. 2011 eine Sondersitzung als 2. Lesung einzuschieben. Das würde der Verwaltung auch Zeit geben, gestellte Fragen zu beantworten. Er beauftragt die Verwaltung, einen geeigneten Termin zu suchen und entsprechend einzuladen.

**Nachträglich konnte geklärt werden, dass eine 2. Lesung am 1.3.11 vor dem geplanten Ratsbeschluss am 23.3.11 ausreicht**

#### Einführung zum Haushaltsplan

**Herr Kogge** – zeigt eine Power-Point-Präsentation, diese enthält:

- den Haushalt der Stadt, nach den Dezernaten aufgeteilt
- den Haushalt des Dezernates IV – dieser enthält viele Pflichtaufgaben
- den Haushalt des Schulverwaltungsamtes

**Herr Hildebrand** präsentiert den Haushalt des Schulverwaltungsamtes:

- die Änderungsblätter konnten erst heute fertiggestellt werden und sind zu beschließen
- sie enthalten Verschiebungen zwischen Geschäftsbedarf und dem Schulbudget, damit können die Schulen selbst beschaffen, die Schule müssen flexibel sein, denn das Schuljahr verläuft asymmetrisch zum Haushaltsjahr
- die Zahlen sind pro Schule und pro Schüler aufgeschlüsselt

Die Präsentationen sind dem Protokoll beigelegt.

**Herr Kogge** – aus dem Haushalt ist ersichtlich, dass das Dezernat sich im Wesentlichen weniger mit Bildungsfragen beschäftigt. Die Gebäude sind das Herzstück. Es besteht ein Investitionsdefizit vor allem bzgl. erforderlicher Brandschutzmaßnahmen. Das ist ein Kreislauf, besonderes Augenmerk müsste auf die Bauunterhaltung gelegt werden. Fraglich ist, ob genügend Mittel für den Hochbau eingestellt sind. Es wird z.Z. eine Brandschutzliste in der Stadt erarbeitet über die in der nächsten Sitzung berichtet werden kann, das Tempo des Aufholens muss schneller werden.

**Herr Paulsen** – am Beispiel Magdeburg orientiert sollte es eine politische Willensbekundung des Rates geben, bis wann die Schulsanierung als Pflichtaufgabe abgeschlossen werden kann, die Prioritätensetzung im Haushalt sollte daran orientiert werden

**Herr Kogge** bekräftigt, dass die Stadt das auch möchte, es soll in schwierigen Zeiten das Notwendigste getan werden, er ist dabei auf die Unterstützung des Rates angewiesen.

**Herr Bauersfeld** findet die Präsentation sehr schön, man kann die Zahlen visuell besser erkennen. Nicht so gut findet er die Vermischung mit dem Sozialbereich, vermisst die Zahlen des ZGM's für die einzelnen Schulen. Diese Daten hätten längst vorliegen sollen.

**Frau Dr. Sitte** möchte an ZGM-Problematik anschließen und möchte das Grundprinzip des Haushaltsansatzes erklärt haben. Weiterhin bittet sie um eine Erklärung zur Zahlung der Unfallversicherung an den Schulen.

**Herr Kogge** – die schulweise Darstellung aus der Kosten-Leistungs-Rechnung wurde bereits übergeben.

**Herr Hildebrand** möchte die Anfrage von Herrn Bauersfeld schriftlich beantworten, wenn die ZGM-Daten aufgeschlüsselt vorliegen.

Die Schülerversicherung erfolgt auf der Grundlage eines Vertrages und ist nicht verhandelbar. Basis sind Schülerzahlen und Unfallgeschehen.

**Herr Bielecke** erklärt, dass eine schulweise Einzelaufstellung existiert. Diese müsste auf dem Weg in die Fraktionen sein.

**Herr Lange** – kann die Zahlen zum Schulsport nicht ganz nachvollziehen .

**Herr Kogge:** Die Verschiebung ergibt sich zwischen den einz. HH Positionen innere Verrechnung Schulsport 6793 und 5960, weil die Ausgaben für Schulschwimmen nunmehr anders verbucht werden müssen. Das Schulschwimmen muss ab diesem Jahr voll bezahlt werden.

**Herr Paulsen fragt:** Warum ist die Unfallversicherung an den PPP-Schulen gestiegen?

**Herr Hildebrand** antwortet, dass die PPP-Grundschulen in diesem Jahr erstmalig voll belegt sind und das komplette Jahr genutzt werden.

**Herr Bauersfeld:** Zur Aufstellung des Haushaltes gibt es einen Stadtratsbeschluss, der ist umzusetzen. Dieser gilt so lange, wie der Beschluss nicht aufgehoben wird. Soll der Haushalt in einer anderen Form aufgestellt werden, muss dazu ein entsprechender Antrag aus der Verwaltung kommen, dieser muss dann in den Stadtrat eingebracht werden. Das ZGM ist der große Kostenfaktor im Bereich Bildung, die wirtschaftlichen Daten für die Objekte sind wichtig.

**Herr Kogge** möchte hier Herrn Bielecke schützen, er kann nichts für diese Festlegung. Er versteht den Wunsch nach Transparenz, die doppische Haushaltsführung soll im nächsten Jahr in der Stadtverwaltung eingeführt werden.

Herr Kogge sichert die Blätter (Ausgaben des ZGM je Schule) zu, sie sind jedoch nicht Bestandteil des Haushaltsplanes, sondern sollen nur der Transparenz dienen.

**Herr Kneissl** merkt an, dass viele Positionen sind schülerzahlabhängig sind, die Schülerzahlen 2009 bilden die Grundlage für den Haushaltsplan 2011.

**Frau Quilitzsch** bestätigt, der Haushalt wurde im Frühjahr 2010 auf der Grundlage der Schuljahresanfangsstatistik 2009/2010 aufgestellt.

**Herr Lange** hat Fragen zu den Bestandteilen der PPP-Raten – von Reinvestition und Bauunterhaltung. Warum sind im UA PPP-Projekte auch Positionen wie Kleinsportgeräte und Sachausgaben nach Lernmittel-VO enthalten? Wie ist der Ausgabenanstieg zu erklären? Wie sind die Schwankungen zwischen den Jahren 2009/2010 erklären? Er bittet auch um eine entsprechende Erklärung für Gymnasien.

**Herr Hildebrand** sagt eine schriftliche Beantwortung zu. (Antwort wird separat nachgereicht)

**Herr Paulsen** fragt nach UA 2111, der Sanierung der Grundschulen, Darstellung im Haushaltsplan als PPP auf S. 355 und nach der Personalkostensteigerung im UA 2000 auf S. 948 im Haushalt. Wir sind in der Konsolidierung, woher kommt diese Personalkostensteigerung, was ist mit dem Konsolidierungsbetrag? Es gibt einen Aufwuchs, obwohl wir in der Konsolidierung sind.

**Frau Quilitzsch:** nein, die 154.000 € HH Konsolidierung betreffen nicht nur das SVA, sondern alle Stellen in den Schulen (einschl. Schulsekretärinnen), Die Kostensteigerung im UA 2000 resultiert aus den tarifmäßigen Steigerungen und der Einmalzahlung.

**Frau Raab** fragt nach der Besetzung der Schulmedienstelle, da diese Position nicht im Haushaltsplan auffindbar ist, bekommt die Parkeisenbahn den Zuschuss aus dem Bildungsbereich?

**Herr Kogge** bejaht und erklärt, dass es einen Vertrag mit der HAVAG gibt, dieser war gebunden an die Übernahme einer Personalstelle.

**Herr Hildebrand** Die Schulmedienstelle wird durch mehrere Mitarbeiter (Lehrer) des Landesverwaltungsamtes betreut, sie hat kein eigenes Personal mehr.

**Her Marquardt** bemerkt, es sind keine Sachverständigengutachten indiziert und keine Einnahmen für die Franzigmark geplant. Zu PPP werden verschiedene Kosten eingeplant, hängt das mit unterschiedlichen Verträgen zusammen?

**Herr Kogge** antwortet, dass die Einnahmen Franzigmark dem künftigen Träger zugeordnet werden, daher sind keine Einnahmen im Haushaltsplan vorgesehen. In den Monaten Januar und Februar gab es auch in den anderen Jahren keine Belegung des Schullandheimes und entsprechend keine Einnahmen.

**Herr Hildebrand** bestätigt, es ist kein Gutachten separat geplant. Werden diese benötigt, müssen diese aus dem Projekt bezahlt werden. Die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln ist nicht PPP-Angelegenheit und muss gesondert geplant werden.

**Frau Dr. Sitte** fragt nach der Summe Schulbudget, ob die 1,1 Mio. € für alle Schulen sind, dies sei wenig.

**Herr Kogge:** Diese Feststellung ist richtig

**Herr Dr. Diaby** vermisst die Zusammenstellung für Gesamtschulen.

**Frau Quilitzsch** erläutert, dass alle Schulen die im Haushaltsplan einzeln dargestellt sind, in den Ergänzungen nicht enthalten sind.

**Herr Paulsen** fragt nach der Konsolidierung im Bereich der Schülerbeförderung und ob diese Konsolidierung bereits im Haushaltsplan eingearbeitet ist. Er möchte wissen, ob auch berücksichtigt ist, dass diese Einsparung nicht für das gesamte Jahr ist.

**Herr Lange** missfällt, dass indirekt über den Haushalt politische Entscheidungen für die Schülerbeförderung gefällt werden sollen. Der Haushalt ist an die Schülerbeförderungssatzung gebunden. Das ist kein vernünftiges Vorgehen, diese Satzung sollte jetzt auf den Tisch gelegt werden und hätte parallel zum Haushalt diskutiert werden müssen, um an geeigneter Stelle im Haushaltsplan die Kosten einzustellen. Er ist nicht bereit, über den Haushalt diese Entscheidung zur Satzung zu fällen. Er möchte wissen, welcher Personenkreis künftig Anspruch auf die Beförderungsleistung hat, denn per Gesetz ist keine freie Schule mehr anspruchsberechtigt.

**Herr Kogge** merkt an, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht abgesehen werden konnte, dass es eine Gesetzesänderung vom Land gibt. Die Stadt Halle (Saale) war in Bezug auf die umfangreichen Leistungen bei der Schülerbeförderung Spitzenreiter, ebenso war auch der Preis extrem hoch. Das Angebot für die neue Schülerzeitkarte wird in den nächsten Tagen vorgelegt. Es wird aus einer Grundkarte und einer Zusatzkarte bestehen. Die Satzung selbst hat mit der neuen Karte nichts zu tun, sie soll im März/April in den Stadtrat gebracht werden. Und soll erst für das neue Schuljahr gelten. Die Schulgesetzänderung war nicht der Hintergrund der HH Aufstellung..

**Herr Lange** ist der Meinung, dass es den Regelungen der Stadt obliegt, welche Kosten der Schülerbeförderung weiterhin übernommen werden.

**Herr Kogge** merkt an, dass es eine freiwillige Leistung wäre, weiterhin die Beförderungskosten zu den Schulen in freier Trägerschaft zu übernehmen.

**Herr Hildebrand:** Die alte Schülerfahrkarte hatte einen Preis von 373 €, die neue soll 299 € kosten, mit dieser Zahl und dem unveränderten Kreis der Anspruchsberechtigten wurde die Einsparung im Haushalt ermittelt.

**Herr Paulsen** empfindet das als entgegengesetzte Äußerungen. Es ist keine neue Übernahme einer freiwilligen Leistung, bisher wurde diese freiwillige Leistung auch gezahlt. Er möchte die Grundlage der Einsparung wissen. Wenn er den Satzungsentwurf nicht kennt, kann der Haushalt nicht beschlossen werden. Man weiß ja nicht, ob der Stadtrat der

Satzung zustimmt, deshalb kann dem Haushalt nicht zugestimmt werden.

**Herr Kogge** fragt, warum die Stadt eine Jahreskarte bezahlen soll, wenn nur die Schülerbeförderung bezahlt werden muss.

**Frau Dr. Bergner** bittet zu beachten, dass dieses neue Ticket auch für die Familien eine Entlastung bringt, die nunmehr eine preiswertere Karte nutzen können. Frau Dr. Bergner möchte wissen, ob die Regelung, die im Land getroffen wurde, nur die Waldorf-Schule oder alle Schulen in Freier Trägerschaft betrifft und ob das Land dann noch teilweise die Kosten übernimmt.

**Herr Lange** informiert, dass es bisher auch keine Pflicht gab, die Beförderung zu zahlen. Bisher hatten nur die Waldorfschulen diesen besonderen Status, welchen sie jetzt verlieren. Das Land ist daher aus der Verantwortung, und hat diese an die Stadt weitergegeben. Wie bekommen wir es hin, alle Schülerinnen und Schüler einzubeziehen? Es gab Überlegungen zu verschiedenen Modellen. Zu welchen Bedingungen wird dieses neue Ticket angeboten? Die Karte wurde bisher auch für Freizeitaktivitäten genutzt, also auch außerhalb der Schulzeit. Ob diese Verringerung der Leistungen jetzt der richtige Weg ist, in Anbetracht des Bildungspaketes unserer Familienministerin fraglich.

**Herr Kogge** informiert, wir diskutieren in 2 Monaten über die Schülerbeförderungssatzung. Es gibt 2 verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe ist die, die Karte bisher aus eigener Tasche bezahlt hat, diese wird sich freuen, dass die Schülerfahrkarte billiger wird. Die andere Gruppe hat bisher eine Jahreskarte als Schülerticket bekommen und wird sicher nicht erfreut sein, dass die Leistungen der Grundkarte geschrumpft sind. Diese Gruppe bekommt jedoch die Möglichkeit, diese Grundkarte gegen ein Entgelt aufzuwerten. Herr Kogge hätte sich jedoch für die Grundkarte einen noch günstigeren Preis gewünscht.

**Herr Paulsen** erklärt, dass er sich die Freiheit, die Satzung mitzugestalten, nicht nehmen lassen möchte. Es wurde doch noch nie das Ticket der HAVAG abgestimmt, sondern immer nur über die Satzung.

**Frau Dr. Sitte** merkt an, diese Debatte schon öfters geführt wurde. Sie möchte wissen, wo die Möglichkeit des Stadtrates nach Beschluss des Haushaltes ist, noch in die Satzung einzugreifen.

**Herr Kneissl** ist froh, wenn es endlich zu einer Lösung kommt. Es wäre ein Erfolg. Zielstellung war jedoch nicht die Mitteleinsparung, sondern den Anspruchskreis für die Schülerfahrkarte zu erhöhen. Beim Angebot des neuen Schülertickets hat sich der Kreis der Schüler, die die Karte erhalten nicht vergrößert, lediglich die Leistungen wurden eingeschränkt, aus diesem Grund ist vom ursprünglichen Anliegen des BA nicht mehr viel übrig geblieben und das ist schade.

**Herr Dr. Diaby** fragt, warum im UA 2120 – AWT-Zentrum – keine Reinigungskosten für das Jahr 2011 eingestellt sind.

**Herr Hildebrand** erklärt, dass in den Einzelaufstellungen der Schulen (aus der KLR) die Ausgaben für das ZGM noch nicht enthalten sind.

**Herr Lange** fragt, was mit dem AWT-Zentrum passieren soll. Welche Chancen bestehen, dass das AWT-Zentrum einen anderen Platz erhält?

**Herr Schachtschneider** antwortet, dass sich die Fachkräfte die Frage stellen, ob man das Zentrum noch in dieser Weise braucht, oder ob kleinere Zentren an den Schulen, sind die bessere Lösung sind.

**Herr Kogge** erklärt, dass ab dem neuen Schuljahr nur noch 1 Schule dieses Zentrum nutzt.

**Herr Bauersfeld** hat eine Frage zur Darstellung ZGM im Haushalt. Im Teil Finanzwirtschaft sind Tilgung und Zins aufgeführt, die den einzelnen Schulen zuordenbar sind, gibt es da ähnliche Kosten, die den konventionellen Schulen vergleichbar zugeordnet sind?

Antwort der Verwaltung: Ausgaben für Zins und Tilgung werden den konventionellen Schulen nicht direkt zugeordnet. Dese Ausgaben, ergeben sich aus Kreditrückzahlungen. Kredite sind allgemeine Deckungsmittel für den VMH:

**Herr Paulsen** fragt zum UA 2703: Wie wirkt sich die Fenstererneuerung auf die PPP-Rate aus?

**Herr Hildebrand** sagt eine Zuarbeit zu.

**Herr Schachtschneider** fragt nach, was in den Kosten des ZGM des neuen Posten (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) enthalten ist.

**Frau Ziederer (ZGM)** erläutert, dass die Ausgaben für Bauunterhaltung bisher unter „Serviceentgelt“ gebucht wurden und die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten bisher getrennt ausgewiesen wurden. Jetzt erscheint nur eine Position Bewirtschaftungskosten. Hausmeisterkosten sind in Bewirtschaftungskosten enthalten

**Herr Paulsen** fragt zu UA 2956, ob die eingestellte Summe ausreichend ist, um die Schäden am Planetarium zu beseitigen.

**Herr Kogge** informiert, dass Zeiss Jena die Prüfung der Geräte als Sponsoring im Rahmen der Hochwasserhilfe macht. Eine Entscheidung zum künftigen Stand des Planetariums ist noch nicht getroffen, jedoch gibt es bereits mehrere Überlegungen, auch zur Ansiedlung gemeinsam mit anderen Objekten. In der mittelfristigen Hochwasserplanung muss eine Entscheidung zum Standort getroffen werden.

**Herr Paulsen** hat eine Nachfrage zur Haushaltsstelle Umzüge – Februar 2012. Wie hängt das zusammen?

**Frau Quilitzsch:** Es handelt sich um die Rückzüge folgender Schulen: GS Kröllwitz, GS Diesterweg, SEK Schiller, BbS III, BbS II, VHS und KBZ. Einige Rechnungen können nach Bauablaufplan nicht im Jahr 2011 bezahlt werden, deshalb gibt es dieses Änderungsblatt.

**Herr Paulsen** – bittet um eine Übersicht der fehlenden Zahlen auf S. 944, auf S. 959 stellt er fest, dass die Bezeichnung „Reduzierung der Förderlandschaft“ nicht korrekt ist.

**Hr. Kogge** sagt zu, die fehlenden Zahlen zuzuarbeiten, diese falsche Bezeichnung ist zu korrigieren in „Gastschulbeiträge aus Schulträgervereinbarung“

**Herr Schachtschneider** leitet jetzt zum Vermögenshaushalt über – dort könnte eine Summe für Brandschutz eingebaut werden z.B. 2,0 Mio. €, um mit dem Brandschutz beginnen zu können. Dieses Anliegen sollte in der Sondersitzung als ordentlicher Antrag formuliert werden.

**Herr Bauersfeld** bittet um eine Aufstellung der Maßnahmen Brandschutz für die Stadträte.

**Frau Dr. Sitte** fragt nach zu S. 651 – H.-Kellerschule–Schule – Schulgarten – Projekt soziale

Stadt, dort sind Fördermittel in Höhe von 58 T€ eingestellt. Frau Dr. Sitte möchte wissen, ob diese wirklich eingeplant werden können.

**Herr Hildebrand** bejaht diese Frage.

**Herr Paulsen** fragt, ob bis zur nächsten Sitzung damit gerechnet werden muss, dass weitere Vorschläge zur Reduzierung im Haushaltsplan im Entscheidungsbereich des Bildungsausschusses eingestellt werden.

**Herr Kogge** antwortet, dass es grundsätzlich noch Änderungen geben wird, ob das jedoch im BA vorkommt, kann noch nicht beantwortet werden.

**Herr Schachtschneider** denkt, es könnten kleine Veränderungen kommen, die großen werden es nicht sein. Ein Termin für die Sondersitzung wird noch festgelegt.

### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept zur Kenntnis und verweist sie in die Fachausschüsse.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen in den Fachausschüssen Vorschläge zu bringen, damit der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von 31,8 Mio. € um 12,3 Mio. € auf 19,5 Mio. € (gemäß Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung 2010) gesenkt wird.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2009 zur Kenntnis.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung Vorlage: V/2010/09267**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

## **Beschlussvorschlag:**

Zur Klarstellung der Beförderungsregeln für SchülerInnen mit Behinderungen und FörderschülerInnen werden im § 3 der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) die Absätze 1 bis 3 geändert und erhalten folgende neue Fassung:

### §3 Beförderung von Schülern mit Behinderung / Förderschüler

- (1) Ist eine Beförderung von Schülern mit Behinderung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht möglich, ist die gesonderte Beförderung mit anderen Verkehrsmitteln durch die Stadt Halle gemäß § 71 Abs. 6 SG LSA sicherzustellen.
- (2) Förderschüler der allgemeinbildenden Schulen sowie der Förderschulen unter Berücksichtigung der **Mindestentfernung** der Schulwege nach § 2 **Abs. 1 Buchstabe a** und **Abs. 2 Buchstabe a dieser Satzung**, erhalten eine gesonderte Beförderung für den Zeitraum von 2 Schuljahren ab dem **erstmaligen Schuleintritt (Einschulung)**. **Der/die Erziehungsberechtigte/n des anspruchsberechtigten Kindes kann/können diese gesonderte Beförderung ablehnen. Der Anspruch geht dabei nicht verloren.** Ab dem 3. Jahr nach dem **erstmaligen Schuleintritt (Einschulung)** haben die Erziehungsberechtigten die Notwendigkeit einer gesonderten Beförderung mit Hilfe eines amtsärztlichen Gutachtens nachzuweisen. Soweit die Notwendigkeit fortbesteht, kann bei Eintritt in ein nachfolgendes Schuljahr ein erneutes amtsärztliches Gutachten vom Schulverwaltungsamt gefordert werden.
- (3) Für alle Schüler die nicht unter Abs. 1 und 2 berücksichtigt werden, ist die Beförderung jeweils mindestens sechs Wochen vor Beendigung des laufenden Schuljahres unter Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens von den Erziehungsberechtigten beim Schulverwaltungsamt der Stadt zu beantragen. Für den Fall des Neubeginns der Beförderung ist sofort, nach Vorlage des amtsärztlichen Gutachtens, die gesonderte Beförderung zu beantragen.

Absatz 4 bleibt unverändert

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

—

## **zu 7 Mitteilungen**

---

### **zu 7.1 Umsetzung Konjunkturpaket II**

---

Es gibt keinen neuen Stand zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II seit der letzten Bildungsausschuss-Sitzung.

**Herr Paulsen** § 22 Abs. 2 SchG – bekräftigt die Zuständigkeit des Stadtrates, lt. ausgereichtem Urteil.

**Herr Senger** informiert, dass der verschobene Antrag zur Schülerbeförderungssatzung bis zum Vorliegen der neuen Schülerbeförderungssatzung zurückgezogen wird.

**Herr Schachtschneider** verliest einen Ausschnitt aus einem Brief von Herrn Neumann zum Thema internationale Schule. Dieser Brief wird als Anlage an das Protokoll angehängt.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Dr. Bergner** fragt zum aktuellen Stand Auenschule.

**Herr Kogge** sagt, dass die Antwort an alle Stadträte verschickt wird.

**Herr Lange** bittet um eine Auflistung des Reparaturbedarfes an Schulen. Er wünscht eine Verbesserung des Zustandes der Auenschule sowie eine aktuelle Auflistung Brandschutz an Schulen.

**Herr Kogge** informiert, dass es eine Arbeitsgruppe mit BOA, Feuerwehr gibt und die gewünschte Liste aktuell erarbeitet wird.

**Herr Hildebrand** informiert, dass Herr Bielecke bis Mitte März etwas vorlegen möchte.

**Herr Lange** fragt nach der GS Riesenklein.

**Herr Kogge** erläutert, dass es einen auslaufenden Vertrag gibt. Dieser wird nicht verlängert

**Herr Senger** informiert, dass es durch den Schulelternrat gemeinsam mit Arbeitsagentur und Efa zu Beginn des Schuljahres Schülerlotsen gab. Es wurde gut angenommen. Leider ist dieses Projekt ausgelaufen. Er fragt nach Ideen und Hinweisen, wie dieses Projekt fortgeführt werden könnte insbesondere freiwillige/Ehrenamtliche werden gesucht, die als Schülerlotsen arbeiten würden.

## zu 9 Anregungen

---

**Herr Riemann** fragt ob es ebenso einen Vertreter des Stadtschülerrates gibt, wie den des Stadtelternrates. Er möchte anregen, diesen nachdrücklich zur Ausschusssitzung einzuladen.

**Herr Senger** sagt, dass es zum Salzfest wieder eine hallische Schulmesse geben wird.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.02.11

Jürgen Zschocke  
Protokollführer

Andreas Schachtschneider  
Ausschussvorsitzender